



der Freien Demokraten im Reutlinger Gemeinderat

Wohn-Charakter erhalten FDP für qualitätsvolle Nachverdichtung ohne Schotter und mit viel Grün im Bloos-Gebiet

Die FDP will in bestehenden Wohnquartieren nur eine Nachverdichtung mit Qualität. Sie stimmte deshalb neuen Zulassungskriterien für Bauvorhaben im Bloos-Gebiet oberhalb der Gustav-Schwab-Straße zu. Stadträtin Regine Vohrer betonte, dass die Erhaltung des Gebietscharakters wichtig sei. Man brauche aber Neubebauung. Zum einen ist eine maßvolle Entwicklung des Innenbereichs weiterhin erforderlich, um einen weiteren Flächenverbrauch im Außenbereich zu vermeiden und den dringend notwendigen Wohnraum zu schaffen. Die städtebauliche Qualität in den alten gewachsenen Siedlungsgebieten – auch an der Achalm und am Georgenberg – solle durch den Bau größerer Gebäude nicht nachteilig verändert werden. Stadträtin Sarah Zickler regte an, Um- und Ausbauten bestehender Gebäude zu erleichtern. In kleineren Häusern könne schon die Erlaubnis eines Kniestocks von bis zu einem Meter zur Schaffung weiteren Wohnraums beitragen. Baubürgermeisterin Ulrike Hotz sagte zu, dass dies bei den Ausnahmen berücksichtigt werden solle. Die FDP-Fraktion freut sich, dass im Bloos-Gebiet Stein- bzw. Schottergärten nicht mehr zulässig sein werden. Dies hatten die Freien Demokraten in ihrem Umwelt-Antrag bereits vor Monaten für die gesamte Stadt gefordert.



Solche Schottergärten sind bei Neubauten im Bloos-Gebiet künftig nicht mehr erlaubt.

Abwassergebühren sinken Jahresabschluss der Stadtentwässerung 2018 weist millionenschwere Überdeckung aus

Im Geschäftsjahr 2018 ist bei der Stadtentwässerung eine Gebührenüberdeckung entstanden. Der Überschuss von 3,6 Millionen Euro muss nach dem Kommunalabgabengesetz innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen werden. Dadurch werden die Abwassergebühren in Reutlingen sinken.



Zum zweiten Mal tagte der Reutlinger Gemeinderat in der Stadthalle. Beim ersten Mal war es ein freudiger Anlass, nämlich die Amtseinführung von Oberbürgermeister Thomas Keck. Jetzt war der ungewöhnliche Tagungsort dem Abstandsgebot der Corona-Krise geschuldet.

Rat tagte in der Stadthalle Der große Saal ermöglichte eine Sitzung mit Einhaltung des Corona-Abstandsgebotes

Ohne Sitzung geht es nicht. Weil die gesetzlichen Bestimmungen keine Beschlüsse ohne persönliche Anwesenheit der gewählten Vertreter zulassen, traf sich der Reutlinger Gemeinderat im großen Saal der Stadthalle. „Es ist eine denkwürdige Sitzung, die aber zur Erhaltung der Handlungsfähigkeit der Stadt absolut notwendig ist“, erklärte Oberbürgermeister Thomas Keck zu Beginn. Den Mitgliedern des Gemeinderats war freigestellt, ob sie teilnehmen wollen. 33 der insgesamt 40 Stadträtinnen und Stadträte waren letztlich anwesend. Die FDP-Fraktion war komplett dabei. Regine Vohrer, Sarah Zickler und Hagen Kluck sind sich einig, dass die liberale Demokratie trotz Corona-Notstand bewahrt werden muss. Es sei fundamental wichtig, die Arbeitsfähigkeit der Parlamente und der kommunalen Gremien zu sichern und eine Mindestkontrolle über Regierungen und Verwaltungen ausüben zu können. „Wir dürfen auch in einer solchen Krise die freiheitlich-demokratische Grundordnung nicht für ein Gefühl der Sicherheit opfern“, betonte Fraktionsvorsitzender Kluck.

Wohnungslose nicht allein Notunterkünfte an der Roanner Straße werden für Menschen in Quarantäne umgerüstet

Menschen ohne Dach über dem Kopf werden in Reutlingen auch in der Corona-Krise nicht alleine gelassen. Wenn Wohnungslose in Quarantäne müssen, wird für sie gesorgt. Wie Bürgermeister Robert Hahn auf Anfrage von Stadtrat Hagen Kluck mitteilte, werden dazu bisher für Asylsuchende vorgesehene Notunterkünfte an der Roanner Straße umgerüstet. Die für akute Not-situationen bereit stehende Übernachtungsmöglichkeit der AWO Reutlingen in der Glaserstraße 5 bietet derzeit auch tagsüber Aufenthaltsmöglichkeiten für wohnungslose Männer und Frauen. Wegen der Corona-Ansteckungsgefahr ist der AWO-Tagestreff in der Aulberstraße 3 derzeit geschlossen.

Viel Interesse an Sanierung Auch Private profitieren vom neuen Gebiet rund um Oberamteistraße und Marktplatz

Nach Abschluss der vorbereitenden Untersuchungen für das Sanierungsgebiet „Quartier Oberamteistraße“ hat der Gemeinderat mit den Stimmen der FDP jetzt einen Knopf an die Sache gemacht. Das Gebiet wurde in die Bund-Länder-Förderung „Denkmal-schutz-programm West“ (DSP) aufgenommen. Die positive Einstellung zu privaten Modernisierungsmaßnahmen, liegt im Sanierungsgebiet bei 41 Prozent. Zum neuen Sanierungsgebiet gehören auch der Marktplatz und die Rathausstraße. Das Quartier reicht bis zur südlichen Lindenstraße. Von der Förderung wird also nicht nur die historische Häuserzeile an der Oberamteistraße profitieren. Die Förderung läuft bis Ende 2031. Durch seine zentrale Lage mitten in der Altstadt hat das Gebiet Potenzial für ein attraktives Wohnquartier. Durch die geplanten Maßnahmen im Gebäudebestand und im öffentlichen Raum soll die Wohnfunktion gestärkt werden. Die Flächenverfügbarkeit im öffentlichen Raum ist stark begrenzt, so dass beispielsweise die Außenbestuhlung der gastronomischen Einrichtungen mit den Parkplätzen um Flächen konkurriert. Hieraus resultieren Gefahrenstellen und Nutzungskonflikte zwischen ruhendem Verkehr, Fußgängern und Radfahrern. Diese sollen im Rahmen der geplanten Sanierung entschärft werden. Die Straßenräume und die Gehwege entlang der Kanzlei-, Museum-, Oberamtei- und Nürtingerhofstraße sind in einem schlechten Zustand, bieten wenig bis keine Aufenthaltsqualität und sind größtenteils nicht barrierefrei begehbar. Der Marktplatz weist auch aufgrund der vielen Belagsreparaturarbeiten in den letzten Jahren Mängel und Missstände auf. Mit der Sanierung und Neugestaltung soll die Aufenthaltsqualität steigen.



So soll die Oberamteistraße nach der Sanierung aussehen.

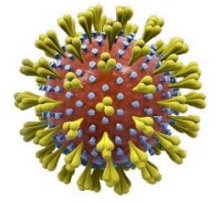


Rathaus-Telegramm

Herausgegeben von der FDP-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Reutlingen (Regine Vohrer, Sarah Zickler, Hagen Kluck)

Verantwortlich: Hagen Kluck, Mössingerstraße 9, 72770 Reutlingen

Tel: 0175 2426573 – Fax 577568 - Mail: hagen-kluck@gmx.de



Gerade das Vereinsleben ist hart von der Corona-Krise betroffen. Bisher hat die Landespolitik daran nicht gedacht.

Die Vereine brauchen Hilfe Stadträtinnen Vohrer und Zickler begrüßen Vorstoß der Liberalen in Baden-Württemberg

Dass Landes- und Bundesregierung es leider versäumt haben, die Vereine in ihre Hilfsprogramme aufzunehmen, ist für Stadt- und Kreisrätin Regine Vohrer unverständlich. Deshalb unterstützt sie eine Initiative der baden-württembergischen Liberalen, dies nachzuholen. „Die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie schränkt das öffentliche Leben weiter ein und zwingt auch Vereine dazu, ihre Veranstaltungen abzusagen und ihr Vereinsleben faktisch einzustellen“, hat Landtagsfraktionsvorsitzenden Dr. Hans-Ulrich Rülke festgestellt. Im Land des Ehrenamts sei es notwendig, nicht nur die Strukturen des Mittelstands, sondern auch der Vereine im semiprofessionellen Bereich, aber auch im Bereich der Jugendarbeit und des reinen Ehrenamts zu unterstützen. Krisenbedingt würden Einnahmen aus Gastronomie, Verpachtungen und Vermietungen, aus Eintrittsgeldern, aus Übungsleiterentgelten und Umsätze bei Vereinsfesten wegbrechen, während weiterhin Kosten anfallen. Stadträtin Sarah Zickler, selbst in einem Vereinsvorstand und Gründungsmitglied der Stiftung Lebenswert, teilt die Auffassung des FDP-Landesvorsitzenden Michael Theurer: „Die Bundesprogramme müssen diesen Mangel beheben“. Regine Vohrer erinnert daran, dass fast jeder Zweite Baden-Württemberger ehrenamtlich oder bürgerschaftlich engagiert ist. Man dürfe diese gesunde Vereinslandschaft nicht aufs Spiel setzen, nur weil man sie in eilig aufgesetzten Hilfspaketen übersieht. Vereine hätten bei der Rückkehr zur Normalität eine Schlüsselrolle.

Neue Ideen fürs Klinikum FDP- Kreisräte stimmen neuem Management von der Regionalen Klinik-Holding zu

Die FDP hat der Vergabe von Management-Leistungen im Kreisklinikum an die Regionale Klinik Holding zugestimmt. Fraktionsvorsitzender Hagen Kluck machte im Kreistag deutlich, „dass wir Freien Demokraten das nur für die zweitbeste Lösung halten, weil wir gleich der Holding hätten beitreten können“. Nur gemeinsam sei man in der sich ständig ändernden Krankenhaus-Landschaft stark. Das neue Management sichere das Hauptziel der Liberalen: Eine Klinik an den drei Standorten Reutlingen, Bad Urach und Münsingen. Die FDP will alle drei Standorte erhalten.